

Kuoni-Schweiz-Chef über den Verkauf seines Geschäfts

«Ich kann nicht für die Jobs garantieren»

Marcel Bürgin meldet sich nach dem Entscheid von Kuoni, das Reisegeschäft zu verkaufen, erstmals zu Wort.

Foto: Kilian Kessler

Garantieren kann er nichts. Aber Marcel Bürgin (48) glaubt, dass ein Käufer des Reisegeschäfts von Kuoni nicht die Job-Axt ansetzt.

Interview: Ulrich Rotzinger

Blick Seit Mittwoch ist bekannt, dass Kuoni sein Schweizer Ferienreise-Geschäft loswerden will. Wie tief sitzt der Schock heute?

Marcel Bürgin: Der Schock ist sicher noch da. Wir sind sehr emotional an Kuoni gebunden, besonders die langjährigen Mitarbeiter. Das trifft einen schon. Über 1000 Mitarbeiter bangen jetzt um ihren Job.

Wir informieren unsere Mitarbeiter laufend. Unsere Botschaft ist klar: Wir erhalten zwar einen neuen Besitzer, aber das bisherige Geschäft läuft weiter. Daran glaube ich auch persönlich.

Können Sie garantieren, dass die Arbeitsplätze und alle 81 Reisebüros nach dem Verkauf erhalten bleiben?

Nein, das kann ich nicht. Unser Geschäftsmodell hat sich in den letzten paar Jahren enorm gewandelt, Veränderungen sind an der Tagesordnung. Ich fühle mich aber sehr sicher bei diesem Entscheid. Ein neuer Besitzer investiert nicht in ein Unternehmen, um es zu schliessen. Um meine Leute mache ich mir keine Sorgen.

Braucht es Reisebüros überhaupt noch, wenn 78 Prozent der Konsumenten nur noch online buchen wollen, wie der Reisebüroverband gestern meldete?

Das ist eine Marktentwicklung, die an Kuoni nicht vorbeigeht und weitergeht. Unsere Reisebüros haben Umsatz an Internetanbieter verloren, aber wir haben auch welchen auf unseren Online-Kanälen dazugewonnen. Die Veränderungen in der Branche haben aber nichts mit dem Verkaufsentscheid zu tun.

Sind die Geschäftszahlen von Kuoni Schweiz unter Druck?

Wir sind kein Sanierungsfall und waren 2014 profitabel. Bei den Sommerbuchungen liegen wir heute bereits über Vorjahr. Es ist zwar noch früh, aber wir wollen auch dieses Jahr einen Gewinn schreiben.

Steigt 2015 auch der Jahresumsatz von 680 Millionen Franken?

Darüber möchte ich nach dem

gestrigen Entscheid der Nationalbank nicht spekulieren.

Wieso?

Auch uns hat die SNB mit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses überrascht. Wir beobachten die Entwicklung der Wechselkurse sehr genau und überprüfen unsere Preise. Es ist aber noch zu früh, die Auswirkungen und mögliche Massnahmen zu beurteilen.

Stornieren die Kunden jetzt nicht ihre Buchungen und kaufen in Deutschland ihre Ferien?

Wir haben unsere Kunden schon wegen des Kuoni-Entscheids persönlich via Newsletter informiert. Die gebuchten Reisen finden nach wie vor statt und es kann natürlich auch weiter gebucht werden bei uns. Wir zählen da auch auf unsere treuen Schweizer Kunden.

Was erwarten Sie von einem möglichen Käufer des Kuoni-Ferienreisegeschäfts?

Ob Reiseveranstalter oder Investor – es sollte jemand sein, der da weitermacht, wo wir angefangen haben, und unser Geschäft profitabel weiterführt. Eine Bereitschaft für weitere Investitionen in der Schweiz sollte vorhanden sein. Namen möchte ich keine nennen.

POLITIK & WIRTSCHAFT

Nationalrat lenkt bei Ausschaffungen ein

Bern – Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats will bei der Umsetzung der Ausschaffungs-Initiative weitgehend auf die Linie des Ständerats einschwenken. Dieser will, dass das Gericht auf eine Ausschaffung verzichten kann, wenn sie zu einem schweren Härtefall führt.

Vergessenes PK-Geld von 2,7 Milliarden

Bern – Auf fast 600 000 Konten liegen ehemalige Pensionskassengelder, von denen die Besitzer nichts wissen. Über 2,7 Milliarden Franken liegende Freizügigkeitsleistungen verwaltete die Auffangeinrichtung im letzten Jahr – so viel wie noch nie.

Tamoil-Arbeiter wehren sich

Sitten – Über 200 Angestellte der von der Schliessung bedrohten Tamoil-Raffinerie im Wallis haben gestern eine Resolution verabschiedet. Sie fordern den Rückzug der Entlassungen. Stattdessen soll Kurzarbeit eingeführt werden.

Börse & Devisen

SMI	8400.6 (-8.7%)
DOW JONES	17 320.7 (-0.6%)
EURO/CHF	1.01
USD/CHF	0.87
GOLD	35 205 Fr./kg
ERDÖL	47.67 \$/Fass

Knatsch um CVP-Familien-Initiative

Widmer-Schlumpf kämpft gegen ihre besten Freunde

B DP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf tritt gegen ihre treuesten Freunde an – die CVP! Gestern startet sie nämlich ihre Abstimmungskampagne gegen die CVP-Initiative für steuerfreie Kinder- und Familienzulagen.

«Als dreifache Mutter und zweifache Grossmutter weiss ich, Kinder sind eine grosse Bereicherung im Leben – aber sie kosten auch», so die Finanzministerin. Deshalb würden Familien schon heute mit allerlei

Massnahmen entlastet. Etwa mit Kinder- und Ausbildungsabzügen oder verbilligten Krankenkassenprämien.

«Mehr als die Hälfte der Familien – über 430 000 Familien – bezahlt keine direkte Bundessteuer», so Widmer-Schlumpf. Beim Bund summieren sich die familienpolitischen Vergünstigungen auf rund 900 Millionen, bei den Kantonen auf 2,2 bis 2,7 Milliarden Franken.

Bei einem Ja zur CVP-Initiative würden Bund und Kantone

nochmals rund eine Milliarde Franken weniger einnehmen. Am meisten profitieren würden zudem Familien mit höheren Einkommen. «Die Initiative kostet sehr viel, entlastet aber vor allem jene Familien, bei denen es nicht nötig ist.»

Nach der Pressekonferenz wurde Widmer-Schlumpf von einer CVP-Delegation – samt Kindern im Anhang – abgefangen. Die Nationalrätinnen Lucrezia Meier-Schatz (SG) und Barbara Schmid-Federer (ZH) überreichten der Finanzministerin einen symbolischen 1-Milliarden-Check. Jene Summe also, die der Staat von den insgesamt 5,5 Milliarden an Familienzulagen via Steuern abzwickelt. **«Diese Milliarde lassen wir dem Staat dieses Jahr noch – ab 2016 nicht mehr, dann bleibt das Geld bei den Familien»,** sagte Meier-Schatz.

Widmer-Schlumpf konterte keck. Lächelnd beugte sie sich zu den staunenden Kindern hinunter – mit einer klaren Botschaft: «Wir brauchen dieses Geld, damit wir euch eine gute Schulbildung finanzieren können.»

Ruedi Studer



Gute Miene zur CVP-Kampagne: Eveline Widmer-Schlumpf.

Foto: Peter Gerber

Kuoni Aus der Historie lernen?

Eine Frage ging bei der Ankündigung, die Kuoni-Reisebüros verkaufen zu wollen, fast unter: **Warum macht der Reisekonzern diese Absichten öffentlich, bevor Verhandlungen geführt worden sind?** Gewöhnlich informiert ein kotiertes Unternehmen dann, wenn zumindest eine Absichtserklärung mit einem Käufer unterzeichnet ist – eine börsenrelevante Information. Eine Verkaufsankündigung aber kann sich negativ auf den Preis auswirken. **Der Ruch, die Firma stehe unter Druck, schwingt bei den Verhandlungen immer mit.** Kuoni selber sieht das entspannt, lässt ausrichten: «Da es sich nicht um einen Notverkauf

handelt, wollten wir die Gerüchteküche nicht anheizen, indem wir Geheimverhandlungen führen, das hätte bloss zu Unsicherheiten geführt.» Wahr ist freilich auch: **Vor acht Jahren verhandelte der damalige Kuoni-Präsident Andreas Schmid mit Rückendeckung des Verwaltungsrats über ein Zusammengehen mit der britischen First Choice** – das

Management hatte er nicht informiert. Für alle Beteiligten ein traumatisches Erlebnis. Über Wochen tobte ein heftiger Machtkampf auf der Teppichetage. Am Schluss quittierte Schmid seinen Job. Vielleicht gilt heute: Aus der Geschichte darf gelernt werden.



René Lüchinger, Chefredaktor BLICK.